

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 8 88 848 ppbn d  
Telefax: 21 08 84

## Inhalt

Robert Anretter MdB zum Konzept, die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen: Der deutsche Einheitsprozeß und die europäische Integration.

Seite 1

Florian Gerster MdB zu Überlegungen, das westliche Bündnis für die Staaten Osteuropas zu öffnen: Sowjetunion in die NATO?

Seite 3

Klaus Kirschner MdB zur Steigerung der Krankenkassen-Ausgaben für Arzneimittel: Blüm-Erwartungen gingen nicht auf.

Seite 4

Heinz Menzel MdB zu den Folgen einer EG-Entscheidung für die deutsche Kohle: Atompfennig in England.

Seite 5

### Dokumentation

Prominente SPD-Politikerinnen haben zu der bundesweiten Demonstration gegen den Paragraphen 218 aufgerufen: Gegen die Entmündigung von Frauen.

Seite 6

45. Jahrgang / 107

7. Juni 1990

### Der deutsche Einheitsprozeß und die europäische Integration

Zum Konzept, die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen

Von Robert Anretter MdB

Vorsitzender des Unterausschusses für Fragen der Europäischen Gemeinschaft beim Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Der deutsche Einigungsprozeß muß eingebettet werden in die europäische Integration und die Entwicklung zu einer gesamteuropäischen Gemeinschaft. Dies geschieht am besten durch eine Beschleunigung des verabredeten Prozesses zur Verwirklichung des EG-Binnenmarktes.

Eine Entkoppelung der Prozesse der deutschen und der europäischen Einigung lehnt die SPD ab, weil dadurch einem neuen Nationalismus in Europa Vorschub geleistet würde. Notwendig ist es, die deutsche Einigung in die europäische Einigung einzufügen und die europäische Einigung und Integration beschleunigt voranzutreiben.

Die SPD unterstützt den Vorschlag des französischen Staatspräsidenten Mitterand, die für Dezember 1990 vorgesehene Regierungskonferenz zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion vorzuziehen, weil die Verhandlungen einer deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsunion unweigerlich Auswirkungen auf die Verwirklichung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion haben werden.

Von seiten der Gemeinschaft und der EG-Mitgliedsländer müssen ausreichende Mittel für die ost- und mitteleuropäischen Länder zur Verfügung gestellt werden, um Rückschläge für die eingeleiteten demokratischen Reformen zu verhindern.

Die SPD betrachtet die EG als Kern einer künftigen gesamteuropäischen politischen und wirtschaftlichen Union, die nach 1992 in Angriff genommen werden muß.

Die notwendigen politischen Entscheidungen müssen dazu auf einer Regierungskonferenz zu Beginn des Jahres 1991 getroffen werden.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heuseallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Beständiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Die SPD spricht sich dafür aus, das Ziel einer Europäischen Politischen Union in der Verfassung des vereinigten Deutschlands zu verankern.

Die SPD fordert die gleichberechtigte Teilnahme der Europäischen Gemeinschaft an der KSZE-Konferenz, die noch in diesem Jahr die Grundzüge einer künftigen Friedensordnung in Europa ausarbeiten soll.

Angesichts dieser Notwendigkeiten haben wir die Bundesregierung aufgefordert:

- ihre restriktive Haltung gegenüber der Beteiligung der Regierung der DDR an den Beratungen zur Einbeziehung der DDR in die EG aufzugeben.

Die Einbeziehung der DDR in den Rechts- und Wirtschaftsraum der EG muß von den beiden deutschen Regierungen mit der EG-Kommission ausgehandelt und von Bundestag und Volkskammer wie auch vom Europäischen Parlament parlamentarisch begleitet werden.

- sich im Ministerrat aktiv an der Ausarbeitung der Vorschläge für die Europäische Union zu beteiligen, um der deutsch-französischen Initiative Konturen und Inhalte zu geben. Die dafür geplante Regierungskonferenz muß ihre Arbeiten Anfang 1991 aufnehmen.

Neben der Stärkung der Effizienz der EG-Institutionen muß das demokratische Defizit in der EG abgebaut werden. Das Europäische Parlament muß die Rechte erhalten, die einer frei gewählten Volksvertretung in einer Demokratie zustehen;

- darauf hinzuwirken, daß eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik fester Bestandteil der Europäischen Union wird;
- sich im Rat dafür einzusetzen, daß die Gemeinschaft möglichst schnell ein Konzept für eine gesamteuropäische Zusammenarbeit erarbeitet, die die Mitgliedstaaten der EFTA und die Staaten Mittel- und Osteuropas einbezieht.

Die Stufen der Zusammenarbeit sollen über die Assoziation zur vollen Mitgliedschaft und schließlich zur Gesamteuropäischen Union führen.

Der Deutsche Bundestag hat in der Vergangenheit in zahlreichen Entschlüsseungen immer wieder die Weiterentwicklung der Gemeinschaft zu einer Politischen Union gefordert. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, tritt der Deutsche Bundestag dafür ein, die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa in der künftigen Verfassung des vereinigten Deutschlands zu verankern.

(/7.6.1990/rs/fü)

\* \* \*

### Sowjetunion in die NATO?

Zu Überlegungen, das westliche Bündnis für die Staaten Osteuropas zu öffnen

Von Florian Gerster MdB  
Mitglied des Verteidigungs-Ausschusses des Deutschen Bundestages

„Die Parteien können durch einstimmigen Beschluß jeden anderen europäischen Staat, der in der Lage ist, die Grundsätze dieses Vertrages zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebietes beizutragen, zum Beitritt einladen.“ (Artikel 10 des Nordatlantik-Vertrages)

Diese Grundsätze sind: Demokratie, Freiheit der Person und Herrschaft des Rechts. Stellen wir uns vor, die Demokratisierung der Sowjetunion führt zu stabilen Verhältnissen. Stellen wir uns weiter vor, eine demokratische Sowjetunion und andere osteuropäische Staaten begehren nach Auflösung des Warschauer Vertrages die Mitgliedschaft im westlichen Bündnis: Werden die Mitgliedstaaten der NATO sie zum Beitritt einladen?

Solange Europa und die nördliche Welt real und gedanklich in West und Ost geteilt sind, und solange die NATO ein Militärbündnis des Westens bleibt, ist diese Entwicklung unvorstellbar. Und: Die bessere Alternative bleibt aus sozialdemokratischer Sicht die Überwindung der Bündnisse und der Aufbau eines Sicherheitssystems im Rahmen einer europäischen Friedensordnung.

Was ist aber, wenn die meisten Beteiligten in West und Ost mehr Vertrauen in die NATO haben als in eine KSZE ohne stabilen Unterbau und die deutsche Einbindung gerade im Übergang zur Einheit für unverzichtbar halten? Dann ist der fundamentale Umbau der NATO, ihre Herauslösung aus der Westbindung im Zuge der Demokratisierung Osteuropas eine konkrete Utopie, über die nachzudenken sich lohnt.

(-/7.6.1990/rs/ks)

\* \* \*

Blüm-Erwartungen gingen nicht auf

Zur Steigerung der Krankenkassen-Ausgaben für Arzneimittel

Von Klaus Kirschner MdB

Vorsitzender der Enquetekommission Reform der  
gesetzlichen Krankenversicherung des Deutschen Bundestages

Die Festbetragsregelung bei den Arzneimitteln nach dem Gesundheitsreformgesetz (GRG) zeigt nicht die von der Bundesregierung erwartete Wirkung eines Rückgangs der Arzneimittelausgaben, wie der Arzneimittelindex ausweist. Ich beziehe mich in diesem Zusammenhang auf die Ankündigung von Bundesarbeitsminister Blüm bei den Beratungen des GRG, wonach durch die Arzneimittelfestbeträge die Kassen in den nächsten Jahren um insgesamt 2 Mrd. DM entlastet werden sollen. Offenbar ist dies aber anders gekommen.

Ich verweise dabei auf die jüngsten Zahlen, wonach die Ausgaben der Krankenkassen für Arzneimittel in den ersten drei Monaten dieses Jahres kräftig gestiegen sind. Bei den Ersatzkassen liegen danach die Mehrausgaben für Arzneimittel bei 4,6 %, bei den Betriebskrankenkassen bei 11 % und bei den Allgemeinen Ortskrankenkassen nach Hochrechnungen bei 7-9 %. In Nordrhein-Westfalen nahmen die Ausgaben der Betriebskrankenkassen für Arzneien sogar um 13,1 % zu. Auch wenn die vorliegenden Zahlen noch kein abschließendes Urteil zulassen, zeichnet sich doch ein deutlicher Trend ab: durch Aufschläge bei nichtfestbetragsfähigen Arzneien hatte sich die Pharmaindustrie für die erzwungenen Preissenkungen schadlos gehalten.

Diese teilweise dramatischen Preiskompensationen stellen nicht nur den politischen, sondern insbesondere auch den ökonomischen Erfolg der Arzneimittelfestbeträge erheblich in Frage; sie zeigen, daß die Festbetragsregelung langfristig nicht zu positiven Steuerungseffekten führt und damit die erhofften Einsparungspotentiale bewirkt.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die von der SPD geforderte Einführung einer Positivliste und Preisverhandlungen zwischen den Krankenkassen und den Pharmaunternehmen sowie eines unabhängigen Arzneimittelinstituts.

(-/7.6.1990/rs/fü)

\* \* \*

### Atompfennig in England

Zu den Folgen einer EG-Entscheidung für die deutsche Kohle

Von Heinz Menzel MdB

Die Folgen der Energiepolitik der EG-Kommission sind überhaupt nicht abzusehen.

Bekanntlich hat Frankreich (wenn seine Kernkraftwerke betriebsbereit sind, was wegen der Trockenheit jetzt wieder stark in Frage gestellt ist) Stromüberkapazitäten. Deswegen versuchen die Franzosen, Stromlieferverträge mit allen Nachbarländern, so auch mit den Engländern, anzuschließen. Der britische Kernkraftstrom ist sowohl gegenüber dem konventionellen Strom, als auch gegenüber dem Nuklearstrom aus Frankreich nicht wettbewerbsfähig.

Nun hat die EG-Kommission den Engländern die Einführung einer Nuklearabgabe (Nuklearpfennig) genehmigt, um die nicht wettbewerbsfähigen englischen Kraftwerke zu unterstützen. Dadurch sinken die Absatzchancen des französischen Kernkraftstroms in England, was wiederum zur Folge haben wird, daß sich der Exportdruck der EdF (französische Stromgesellschaft) in andere Gemeinschaftsländer erhöht.

Durch die Einführung des Nuklearpfennigs in England wird der Atomstrom auch gegenüber der Kohle begünstigt. Im Zusammenhang mit der Neuorganisation der britischen Elektrizitäts-Wirtschaft (Privatisierung der konventionellen Kraftwerke) haben zwischen der britischen Regierung und der EG-Kommission Verhandlungen über die Kohlelieferungen von British Coal an die Stromwirtschaft stattgefunden.

British Coal wird danach seine Kohlelieferungen von derzeit 75 Mill. t/Jahr auf 65 Mill. t/Jahr bis 1993 reduzieren.

Auch diese Maßnahme (Reduzierung des Kohleabsatzes um insgesamt 30 Mill. t bis 1993) kann Auswirkungen auf den Energiemarkt der EG - also auch auf den deutschen Energiemarkt - haben, denn man muß davon ausgehen, daß die an die englische Stromwirtschaft nicht mehr absetzbaren 30 Mill. t Kohle, ganz gleich, ob sie aus England oder aus Drittländern kommt, nunmehr in die anderen EG-Märkte dringen wird.

Die EG-Kommission hat mit der Genehmigung des Nuklearpfennigs nicht nur einen Schutz des englischen Atomstroms vorgenommen und somit die Konkurrenzsituation Atomstrom/Kohlestrom aus England und des Kernkraftstroms aus Frankreich verändert, sondern durch diese Wettbewerbsverzerrung auch die übrige Gemeinschaftskohle getroffen.

Es bleibt nur noch darauf hinzuweisen, daß dieselbe Kommission, die bei der Genehmigung des deutschen Kohlepfennigs größte Schwierigkeiten bereitete, der britischen Regierung die Gewährung von Beihilfen von 18 Mrd. DM an British Coal genehmigt hat. Begründet wurde die Genehmigung damit, daß die Wettbewerbsfähigkeit des britischen Bergbaus erhöht und die Bildung bislang unterlassener Rückstellungen für erforderliche Abschreibungen ermöglicht werden sollen. Im Kern handelt es sich bei diesen Maßnahmen um einen Ausgleich für bislang unzureichende Erlöse.

Unterm Strich bedeutet die Genehmigung all dieser Maßnahmen für die englische Energiewirtschaft eine Verfälschung der Konkurrenzsituation gegenüber den energieerzeugenden Ländern der anderen EG-Staaten.

(-/7.6.1990/rs/fü)

\* \* \*

**DOKUMENTATION**  
=====

**Gegen die Entmündigung von Frauen**  
-----

Zu der bundesweiten Demonstration gegen den Paragraphen 218 am 16. Juni 1990 in Bonn erklärt die Saarländische Frauenministerin, Dr. Brunhilde Peter:

Wir,

- \* Dr. Brunhilde Peter, Ministerin für Arbeit und Frauen im Saarland,
- \* Gisela Böhrk, Frauenministerin des Landes Schleswig-Holstein,
- \* Anne Klein, Senatorin für Frauen, Jugend und Familie in Berlin,
- \* Ilse Ridder-Melchers, die Parlamentarische Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann in Nordrhein-Westfalen,
- \* Ursula Kerstein, Leiterin der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen in Bremen,
- \* Dr. Marliese Dobberthien, Staatsrätin in der Leitstelle für die Gleichstellung der Frau in Hamburg

begrüßen die Demonstration des bundesweiten Bündnisses von Frauengruppen, Organisationen und Parteien

„Frauen begehren Selbstbestimmung“  
am 16. Juni um 14.00 Uhr in Bonn auf dem Münsterplatz.

Wir fordern ausreichende und effektive Unterstützungsangebote für schwangere Frauen.

Wir sind für eine Regelung des Schwangerschaftsabbruchs, die Frauen nicht mit Strafe bedroht. Strafe ist nicht geeignet, werdendes Leben zu schützen. Werdendes Leben kann nicht gegen den Willen von Frauen, sondern nur durch die Frauen geschützt werden.

Wir fordern, daß an die Stelle von Strafverfolgung Sexualaufklärung und Sexualpädagogik treten.

Wir sind für eine freie und umfassende Beratung ohne Zwang.

Wir wollen, daß Schwangerschaftsabbrüche unter menschenwürdigen und gesundheitsschonenden Bedingungen durchgeführt werden können.

Wir fordern, daß Frauen endlich als mündige und verantwortungsbewußte Bürgerinnen ernstgenommen werden.

Wir arbeiten für eine kinderfreundliche Gesellschaft und gegen die Entmündigung von Frauen!

(-/7.6.1990/rs/ks)

\* \* \*